

# Accounting News

## Aktuelles zur Rechnungslegung nach HGB und IFRS

Juni 2021

Liebe Leserinnen und Leser,

die EU-Kommission hat die sogenannte EU-Taxonomie-Verordnung verabschiedet. Sie ist eine Maßnahme im Rahmen des europäischen Aktionsplans, der die Entwicklung der europäischen Volkswirtschaften in Richtung Klimaneutralität vorantreiben soll. Durch diese Verordnung werden bestimmte Unternehmen dazu verpflichtet, Angaben zu ihren ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsaktivitäten zu veröffentlichen. Im Rahmen unserer neuen ESG-Kolumne werden wir Sie über diese neuen Berichtspflichten informieren.

Darüber hinaus wurde das Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz (FISG) verabschiedet, welches Anfang Juli 2021 in Kraft tritt. Für einige Vorschriften werden Übergangsbestimmungen gelten. In der Endphase des Gesetzgebungsprozesses wurden noch einige wichtige Neuerungen – insbesondere in Bezug auf die Abschlussprüfung und das Enforcement-Verfahren – in das Gesetz aufgenommen.

Abschließend informieren wir Sie über die Veröffentlichung des IASB zum Management Commentary (Lageberichterstattung).

Ihnen eine anregende Lektüre,



Ihre  
Hanne Böckem  
Partnerin, Department of Professional Practice

## Inhalt

<b>1 ESG-Berichterstattung</b>	<b>2</b>
Art. 8 EU-Taxonomie-Verordnung – neue Berichtspflichten für Unternehmen	2
<b>2 HGB-Rechnungslegung</b>	<b>7</b>
Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz verabschiedet	7
Bekanntmachung des DRÄS 11 im Bundesanzeiger	8
<b>3 IFRS-Rechnungslegung</b>	<b>9</b>
IASB veröffentlicht Entwurf zum Management Commentary (Lageberichterstattung)	9
<b>4 Veranstaltungen/Veröffentlichungen</b>	<b>10</b>
<b>5 Ansprechpartner</b>	<b>13</b>



## Art. 8 EU-Taxonomie-Verordnung – neue Berichtspflichten für Unternehmen

Mitte Juli 2020 trat die sogenannte EU-Taxonomie-Verordnung VO (EU) 2020/852 (EU-Tax-VO) in Kraft. Die EU-Tax-VO stellt eine zentrale Maßnahme des „**Aktionsplans: Finanzierung nachhaltigen Wachstums**“ der EU-Kommission dar. Als gesetzlich normiertes Klassifizierungssystem für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten bildet die EU-Tax-VO zukünftig einen zentralen Bezugspunkt für Allokationsentscheidungen von Kapitalmarktteilnehmern. Art. 8 EU-Tax-VO ergänzt bestimmte Angaben, die im Rahmen der nichtfinanziellen Erklärung anzugeben sind. Sie führt für die Unternehmen im Anwendungsbereich der Maßnahme insoweit zu neuen Berichtspflichten zu ihren ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsaktivitäten. In diesem Beitrag möchten wir Sie über die Hintergründe der EU-Tax-VO und die neuen Berichtspflichten nach Art. 8 informieren. Dabei stellen wir Besonderheiten für Nicht-Finanzunternehmen dar, die sich aus den Empfehlungen der europäischen Aufsichtsbehörde ESMA zur Umsetzung des Art. 8 EU-Tax-VO ergeben.

### Einleitung

#### Hintergrund und Ziele

Die EU-Tax-VO ist eine Maßnahme des europäischen Aktionsplans, die Entwicklung der europäischen Volkswirtschaften in Richtung Klimaneutralität voranzutreiben und steht im Zusammenhang mit der Umsetzung der Pariser Klimabeschlüsse, wonach eine europaweite Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und ultimativ eine Dekarbonisierung erreicht werden soll. Der EU-Tax-VO kommt hierbei eine zentrale Rolle zu, da sie für alle Marktteilnehmer eine einheitliche Definition ökologisch nachhaltiger Wirtschaftsaktivitäten vorgibt. Durch einheitliche Klassifizierungskriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten sollen mehr Transparenz und insbesondere Vergleichbarkeit zum Nachhaltigkeitsgrad von Unternehmen geschaffen werden. Die EU-Tax-VO fordert von bestimmten Unternehmen Angaben in ihrer Unternehmensberichterstattung zum Anteil ihrer Wirtschaftsaktivitäten, die im Sinne der EU-Tax-VO ökologisch nachhaltig sind (Art. 8). Durch die transparente Darstellung soll Investoren eine Beurteilungsgrundlage gegeben werden, um durch Investitionsentscheidungen zu den von der EU verfolgten Umweltzielen beitragen zu können. So sollen Kapitalflüsse hin zu ökologisch nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen gefördert werden.

#### Berichtspflichten

Die Berichtspflichten des Art. 8 EU-Tax-VO gelten für alle Unternehmen, die eine nichtfinanzielle Erklärung abgeben müssen. Der Anwendungsbereich der neuen Berichtspflichten entspricht somit dem Anwendungsbereich der sogenannten CSR-Richtlinie. Im Geltungsbereich der Norm sind in Deutschland folglich alle großen kapitalmarktorientierten Kapitalgesellschaften, große Kreditinstitute und große Versicherungsunternehmen, jeweils mit mehr als 500 Arbeitnehmern im Jahresdurchschnitt (§§ 289b sowie 315b HGB bzw. §§ 340a bzw. i HGB für Kreditinstitute und §§ 341a bzw. j HGB für Versicherungsunternehmen).

Art. 8 Abs. 1 EU-Tax-VO fordert von allen betroffenen Unternehmen, ihre nichtfinanzielle Erklärung um Angaben darüber zu erweitern, wie und in welchem Umfang die Tätigkeit des Unternehmens mit Wirtschaftsaktivitäten verbunden ist, die als ökologisch nachhaltig zu klassifizieren sind.

Für Nicht-Finanzunternehmen werden die folgenden Angaben durch Art. 8 Abs. 2 EU-Tax-VO vorgegeben (im Folgenden Key Performance Indicators – KPIs):

1. der Anteil der *Umsatzerlöse*, der mit Produkten oder Dienstleistungen erzielt wird, die mit ökologisch nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten verbunden sind, sowie
2. der Anteil der *Investitionsausgaben* und der Anteil der *Betriebsausgaben* im Zusammenhang mit Vermögensgegenständen oder Prozessen, die mit ökologisch nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten verbunden sind.

#### Christian Hell



Partner,  
Head of Sustainability  
Services  
T +49 89 9282-4457  
[chell@kpmg.com](mailto:chell@kpmg.com)

#### Johann Schnabel



Partner,  
Head of Accounting &  
Process Advisory  
T +49 89 9282-4634  
[jschnabel@kpmg.com](mailto:jschnabel@kpmg.com)



## Ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten und Umweltziele

Wann eine Wirtschaftsaktivität als ökologisch nachhaltig, das heißt „grün“, gilt, ist in Art. 3 EU-Tax-VO geregelt. Als ökologisch nachhaltig ist eine Wirtschaftsaktivität dann zu klassifizieren, wenn sie

- a) wesentlich zu mindestens einem der in Art. 9 genannten sechs Umweltziele beiträgt,
- b) ohne dabei die anderen dort genannten Umweltziele erheblich zu beeinträchtigen („Do Not Significant Harm“-Kriterien DNSH) und
- c) soziale Mindestanforderungen erfüllt (Social Safeguards).

Ob eine Wirtschaftsaktivität den drei Anforderungen entspricht, ist anhand der separat von der EU-Kommission zu erlassenden technischen Bewertungskriterien zu überprüfen (Art. 3 Buchst. d) in Verbindung mit Art. 19 der EU-Tax-VO).<sup>1</sup> Weiterhin enthält die EU-Tax-VO zwei zusätzliche Arten von Wirtschaftsaktivitäten, die als ökologisch nachhaltig zu verstehen sind: Für den Klimaschutz sogenannte „Transitional Activities“ (Art 10 Abs. 2) sowie für alle Umweltziele sogenannte „Enabling Activities“ (Art. 16).

Die sechs Umweltziele des Art. 9 EU-Tax-VO sind:

1. Klimaschutz
2. Anpassung an den Klimawandel
3. Nachhaltige Nutzung und Schutz von Wasser- und Meeresressourcen
4. Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft
5. Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung
6. Schutz und Wiederherstellung der Biodiversität und der Ökosysteme

## Offenlegung, Prüfungspflichten und Anwendungszeitpunkt

Gänzlich neue oder zusätzliche Prüfungs- und Offenlegungspflichten ergeben sich aus den Anforderungen des Art. 8 EU-Tax-VO nicht, da die neuen Angaben lediglich die nichtfinanzielle Erklärung erweitern.

Die nichtfinanzielle Erklärung, erweitert um die Angaben nach Art. 8 EU-Tax-VO, ist weiterhin entweder im Lagebericht oder in einem gesonderten Bericht offenzulegen.

Die inhaltliche Prüfung der nichtfinanziellen Erklärung (einschließlich der neuen Angaben nach Art. 8 EU-Tax-VO) obliegt weiterhin dem Aufsichtsrat. Der Abschlussprüfer führt grundsätzlich nur eine formelle Prüfung durch, um festzustellen, ob die nichtfinanzielle Erklärung vom Unternehmen fristgerecht vorgelegt wurde. Der Aufsichtsrat kann jedoch weiterhin eine freiwillige inhaltliche Prüfung der nichtfinanziellen Erklärung beauftragen. Der Prüfungsumfang könnte dann auch die neuen Angaben nach Art. 8 umfassen. Eine freiwillige Prüfung der nichtfinanziellen Erklärung kann sowohl mit einer geringeren Prüfungstiefe (begrenzte Prüfungssicherheit) als auch mit einem höheren Zusicherungsniveau (hinreichende Prüfungssicherheit) durchgeführt werden.

Für die ersten beiden Umweltziele „Klimaschutz“ und „Anpassung an den Klimawandel“ ist die nichtfinanzielle Erklärung bereits ab dem 1. Januar 2022 zu erweitern, das heißt die von Art. 8 EU-Tax-VO geforderten Angaben sind bereits für das Geschäftsjahr 2021 in die im Jahr 2022 zu veröffentlichende nichtfinanzielle Erklärung aufzunehmen (Art. 27 Abs. 2 Buchstabe a der EU-Tax-VO). Ab dem 1. Januar 2023 erstrecken sich die Berichtspflichten auf alle sechs Umweltziele.

## Delegierte Rechtsakte

Die Regelungen der EU-Tax-VO stellen im Hinblick auf ihre Regelungstiefe eher ein Rahmenkonzept dar. Daher wurden für zentrale Fragen Ermächtigungen für die Europäische Kommission geschaffen, detaillierte Anforderungen über sogenannte „[delegierte Rechtsakte](#)“ zu regeln. Dies betrifft unter anderem die konkrete Vorgehensweise bei der Bestimmung ökologisch nachhaltiger Aktivitäten (Art. 3) bzw. die konkrete Ausgestaltung der Berichtspflichten nach Art. 8 bezüglich Inhalt, Ermittlungsmethode und Darstellung der KPIs.

*Delegierter Rechtsakt zur Konkretisierung von ökologisch nachhaltigen Aktivitäten nach Art. 3 EU-Tax-VO*

Zur Konkretisierung der Bestimmung, ob eine Wirtschaftsaktivität eines Unternehmens als ökologisch nachhaltig mit Blick auf die sechs Umweltziele einzustufen ist, beauftragte die EU-Kommission die Technical Expert Group on Sustainable Finance (TEG, nunmehr „Sustainable Finance Platform“) mit der Ausarbeitung technischer, einheitlicher Bewertungskriterien. Für die ersten beiden Umweltziele „Klimaschutz“ und „Anpassung an den Klimawandel“ wurden am 21. April 2021 die umfangreichen technischen Bewertungskriterien in Form eines delegierten Rechtsaktes durch die EU-Kommission erlassen (wir berichteten in den [Express Accounting News 17/2021](#)). Anhand dieser sehr umfangreichen und dezidierten technischen Bewertungskriterien muss ein Unternehmen bestimmen, ob eine bestimmte Wirtschaftsaktivität des Unternehmens „ökologisch nachhaltig“, also „grün“ im Sinne des EU-Tax-VO ist. Die einheitliche Verwendung der technischen Bewertungskriterien soll zu einer unternehmensübergreifenden, konsistenten Beurteilung einzelner Wirtschaftsaktivitäten hinsichtlich ihrer Taxonomiekonformität führen.

<sup>1</sup> Siehe dazu Abschnitt „Delegierte Rechtsakte“.



## BEISPIEL

Ein Unternehmen stellt PKW mit Elektromotor her. Um zu beurteilen, ob diese Wirtschaftsaktivität wesentlich zum Umweltziel Nr. 1 (Klimaschutz) beiträgt, ist die Anlage I des delegierten Rechtsaktes in Abschnitt 3.3 *Manufacture of low carbon technologies for transport* mit ihren zahlreichen Verweisen auf andere EU-Verordnungen daraufhin zu untersuchen, ob die unternehmensspezifische Aktivität dort genannt ist. Für Umweltziel Nr. 2 (Anpassung an den Klimawandel) ist Anlage II in Abschnitt 3.3. zu würdigen.

Für die übrigen vier Umweltziele sollen die technischen Bewertungskriterien über delegierte Rechtsakte bis zum 31. Dezember 2021 erlassen werden.

### *Delegierter Rechtsakt zur Konkretisierung der Berichtspflichten nach Art. 8 EU-Tax-VO*

Auch zur Konkretisierung der geforderten Berichtspflichten hinsichtlich Inhalt, Ermittlungsmethode und Darstellung wird die EU-Kommission einen delegierten Rechtsakt erlassen, der den Besonderheiten von Finanzunternehmen, Nicht-Finanzunternehmen sowie den technischen Bewertungskriterien zur Bestimmung einer Wirtschaftsaktivität als ökologisch nachhaltig Rechnung trägt. Dazu hat die EU-Kommission unter anderem die Aufsichtsbehörde ESMA um eine Empfehlung gebeten. Der [Abschlussbericht der ESMA](#) wurde am 1. März 2021 veröffentlicht (wir berichteten in den [Express Accounting News 10/2021](#)). Diese Empfehlung bildet nunmehr den Orientierungspunkt für die zur Berichterstattung verpflichteten Unternehmen. Die Verabschiedung des

delegierten Rechtsakts, unter anderem basierend auf der Empfehlung der ESMA, sollte bis zum 1. Juni 2021 erfolgen. Inwieweit der noch zu verabschiedende delegierte Rechtsakt Abweichungen zu der Empfehlung der Aufsichtsbehörde aufweisen wird, bleibt abzuwarten. Ein Entwurf des delegierten Rechtsakts in Form einer delegierten Verordnung wurde von der EU-Kommission am 7. Mai 2021 veröffentlicht.

### **Nicht-Finanzunternehmen**

Relevant für Nicht-Finanzunternehmen sind die Konkretisierungen der Aufsichtsbehörde ESMA hinsichtlich der in Art. 8 Abs. 2 EU-Tax-VO zu machenden Angaben im Rahmen der nichtfinanziellen Erklärung.

### **Inhalt der KPIs**

In der EU-Tax-VO wurde darauf verzichtet, die in Art. 8 Abs. 2 gewählten Begrifflichkeiten *Umsatzerlöse*, *Investitionsausgaben* und *Betriebsausgaben* zu definieren bzw. in einen Zusammenhang mit Begriffen aus geltendem Bilanzrecht zu bringen. Die ESMA schlägt im Rahmen ihrer Empfehlung an die EU-Kommission vor, dass IFRS-Anwender an Begriffe aus der IFRS-Rechnungslegung anknüpfen, während für Nicht-IFRS-Anwender allgemein gehaltene Definitionen erarbeitet werden. Zur Definition der drei KPIs sind von IFRS-Anwendern heranzuziehen:

Für den Begriff der *Umsatzerlöse* im Sinne des Art. 8 EU-Tax-VO empfiehlt die ESMA (siehe insbesondere Tz. 58 des Abschlussberichts der ESMA), die als Umsatzerlöse gemäß IAS 1.82(a) ausgewiesenen Erträge im Gewinn oder Verlust des bilanzierenden Unternehmens heranzuziehen. Damit gehören beispielsweise Umsatzerlöse aus Discontinued Operations (im Sinne des IFRS 5) nicht dazu.

In Hinblick auf die *Investitionsausgaben* empfiehlt die ESMA (siehe ins-

besondere Tz. 85), diese als Zugänge unter anderem zu Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten während des Geschäftsjahres (ohne Neubewertungen, Wertminderungen, Abschreibungen, Fair-Value-Änderungen) inklusive Zugängen aus Akquisitionen aus Unternehmenszusammenschlüssen zu definieren. Enthalten sind aber auch Zugänge zu Nutzungsrechten aus Leasingverhältnissen. Zur Bestimmung der *Investitionsausgaben* empfiehlt die ESMA unter anderem, auf bestimmte Anhangangaben in IAS 16 *Sachanlagen*, IAS 38 *Immaterielle Vermögenswerte* sowie IFRS 16 *Leasingverhältnisse* abzustellen.


*Betriebsausgaben* sollen (siehe insbesondere Tz. 127, 134) definiert werden als nicht aktivierte Kosten aus unter anderem Forschung und Entwicklung, Renovierungsmaßnahmen, Instandhaltung und Wartung sowie anderen Aufwendungen, die direkt im Zusammenhang mit dem täglichen Betrieb von Sachanlagen stehen und notwendig sind, um den fortwährenden und effektiven Gebrauch zu gewährleisten. Aufwendungen für kurzfristige Leasingverhältnisse sind ebenfalls enthalten. Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen sind nicht enthalten.

### **Ermittlungsmethode und Darstellung**

Die ESMA empfiehlt der EU-Kommission, dass die berichtspflichtigen Unternehmen in ihrer nichtfinanziellen Erklärung nicht nur schlicht die drei hochaggregierten KPIs angeben müssen (zum Beispiel „ökologisch nachhaltiger Umsatzanteil = 30 Prozent“), sondern darüber hinaus eine Disaggregation dieser Größen in mehreren Ebenen, das heißt in Form einer standardisierten Tabelle vornehmen sollen (siehe Abb. 1 am Beispiel *Umsatzerlöse*). Für jede der drei KPIs soll gemäß ESMA eine eigene Tabelle erstellt werden.



Abb. 1: Vorschlag der ESMA zur tabellarischen Darstellung der KPIs am Beispiel *Umsatzerlöse*:



ESMA REGULAR USE

Table 1: Proportion of turnover from products or services associated with economic activities that qualify as environmentally sustainable under Articles 3 and 9 of the Taxonomy Regulation<sup>A</sup> - disclosure covering year N

Economic activities (1)	Code(s) (2)	Absolute turnover (3)	Proportion of turnover (4)	Substantial contribution criteria						DNSH criteria (Do No Significant Harm <sup>1</sup> )							Minimum safeguards (17)	Taxonomy-aligned proportion of turnover, year N (18)	Taxonomy-aligned proportion of turnover, year N-1 (19)	Category (enabling activity / transitional activity) (20)
				Climate change mitigation (5)	Climate change adaptation (6)	Water and marine resources (7)	Circular economy (8)	Pollution (9)	Biodiversity and ecosystems (10)	Climate change mitigation (11)	Climate change adaptation (12)	Water and marine (13)	Circular economy (14)	Pollution (15)	Biodiversity and (16)					
		Currency	%	%	%	%	%	%	%	Y/N	Y/N	Y/N	Y/N	Y/N	Y/N	Y/N	Percent	Percent	E/T	
<b>A. ELIGIBLE ACTIVITIES</b>																				
<b>A.1. Eligible Taxonomy-aligned activities</b>																				
Activity A			20%	50%*	0%	0%	0%	0%	0%		Y	Y	Y	Y	Y	Y	10%			E
Activity B			11%	0%	0%	100%	0%	0%	0%	Y	Y		Y	Y	Y	Y	11%			
<b>Turnover of eligible Taxonomy-aligned activities (A.1)</b>			<b>31%</b>	<b>10%</b>	<b>0%</b>	<b>11%</b>	<b>0%</b>	<b>0%</b>	<b>0%</b>								<b>21%</b>			<b>10%**</b>
<b>A.2 Eligible not Taxonomy-aligned activities</b>																				
Activity D			18%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	Y	Y	Y	Y	Y	Y	Y	0%			T
Activity E			20%	50%	0%	0%	0%	0%	0%	Y	Y	N	Y	Y	Y	Y	0%			
<b>Turnover of eligible not Taxonomy-aligned activities (A.2)</b>			<b>38%</b>																	
<b>Total (A.1 + A.2)</b>			<b>69%</b>	<b>10%</b>	<b>0%</b>	<b>11%</b>	<b>0%</b>	<b>0%</b>	<b>0%</b>								<b>21%</b>			<b>10%*</b>
<b>B. NON-ELIGIBLE ACTIVITIES</b>																				
<b>Turnover of non-eligible activities (B)</b>			<b>31%</b>																	
<b>Total (A + B)</b>			<b>100%</b>																	

<sup>\*</sup> The information in this cell denotes that only 50% of activity A qualifies as environmentally sustainable and therefore only 50% of the turnover related with activity A is Taxonomy-aligned.

<sup>\*\*</sup> Total of turnover KPI associated with enabling and transitional activities.

© ESMA; Final Report – Advice on Article 8 of the Taxonomy Regulation vom 26. Februar 2021, Annex V, Table 1, S. 163.

In der Kopfspalte werden alle Wirtschaftsaktivitäten des Unternehmens dargestellt, unterteilt in die Kategorien „berücksichtigungsfähig (auch Taxonomie-relevant genannt) und Taxonomie-konform“ (Kategorie A.1), „berücksichtigungsfähig, aber nicht Taxonomie-konform“ (Kategorie A.2) und „nicht berücksichtigungsfähig“ (Kategorie B). Die Aktivitäten der Kategorien A.1 und A.2 sind einzeln darzustellen, die der Kategorie B nur en bloc. „Berücksichtigungsfähig“ ist eine Wirtschaftsaktivität, wenn sie – vereinfacht gesagt – in der Liste der technischen Bewertungskriterien dem Grunde nach erfasst ist. „Taxonomie-konform“ ist sie, wenn die Aktivität mit ihren unternehmensspezifischen Merkmalen die technischen Bewertungskriterien erfüllt. „Nicht berücksichtigungsfähig“ ist eine Wirtschaftsaktivität, für die keine technischen Bewertungskriterien in den delegierten Rechtsakten enthalten sind.

In den weiteren Spalten sind Angaben zu jeder Wirtschaftsaktivität der Kategorien A.1 und A.2 zu machen. Anzugeben sind jeweils der absolute Beitrag zum Umsatz, welche Umweltziele erfüllt bzw. nicht erfüllt sind, welche DNSH-Kriterien jeweils erfüllt bzw. nicht erfüllt sind, ob die Anforderungen an die Social Safeguards erfüllt bzw. nicht erfüllt sind und (für die Wirtschaftsaktivitäten der Kategorie A.1) der Beitrag zum KPI.

Sollte eine Wirtschaftsaktivität zu mehreren Umweltzielen der EU-TaxVO beitragen, sollen die Unternehmen gemäß ESMA-Empfehlung ausführlich darlegen, wie *Umsatzerlöse, Investitions- und Betriebsausgaben* auf diese Ziele aufgeteilt wurden.

Darüber hinaus sollen Unternehmen laut ESMA narrative Angaben zu jenen Aktivitäten aufnehmen dürfen, die zwar von dem Unternehmen als „grün“ eingeschätzt werden, aber

bisher (noch) nicht von der EU-TaxVO erfasst sind und somit als nicht berücksichtigungsfähig gelten. Die nicht berücksichtigungsfähigen Wirtschaftsaktivitäten sollen der „Plattform on Sustainable Finance“ dargelegt werden, die sie dann in Bezug auf deren Berücksichtigung und den festzulegenden technischen Bewertungskriterien der EU-Kommission vorlegt, um diese formal in den delegierten Rechtsakt aufzunehmen.

Die ESMA ist zudem der Ansicht, dass es für Anleger und andere Nutzer hilfreich wäre, neben der tabellarischen Darstellung der drei KPIs begleitende Informationen zu erhalten. Diese Informationen sollen deutlich machen, wie die KPIs ermittelt wurden, was sie abdecken sowie sie in einen Kontext stellen, damit Anleger und andere Nutzer sie leichter interpretieren können.



Um die Vergleichbarkeit der begleitenden Informationen zwischen berichtspflichtigen Unternehmen zu gewährleisten, empfiehlt die ESMA der EU-Kommission in ihrem delegierten Rechtsakt Inhaltsanforderungen an diese Informationen festzulegen. So empfiehlt die ESMA unter anderem verpflichtende Angaben dazu, wie die drei KPIs definiert und ermittelt wurden, Vorjahresvergleichsangaben, Erläuterungen der Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr sowie die Darstellung, wie die Beurteilung des Unternehmens hinsichtlich der Taxonomiekonformität der berücksichtigungsfähigen Wirtschaftsaktivitäten erfolgt ist.

Im Jahr der Erstanwendung empfiehlt die ESMA einen reduzierten Umfang der begleitenden Informationen.

Der von der EU-Kommission am 7. Mai 2021 veröffentlichte Entwurf des delegierten Rechtsakts zur Konkretisierung der Berichterstattungspflichten gemäß Art. 8 EU-Tax-VO enthält im Wesentlichen die Empfehlungen der ESMA. Insbesondere wurden die von der ESMA empfohlene Darstellungsweise in Form der in Abb. 1 dargestellten standardisierten Tabelle sowie die darin geforderte Disaggregation der KPIs von der EU-Kommission übernommen.

Darüber hinaus enthält der Entwurf in Art. 11 Nr. 1 Erleichterungsvorschriften für das Jahr der Erstanwendung: Nicht-Finanzunternehmen müssen unter anderem nur den Anteil ihrer „berücksichtigungsfähigen“ und „nicht berücksichtigungsfähigen“ Wirtschaftsaktivitäten an ihren gesamten Wirtschaftsaktivitäten angeben. Eine Angabe, ob „berücksichtigungsfähige“ Wirtschaftsaktivitäten auch „Taxonomie-konform“ sind oder nicht, ist nicht erforderlich.

## Besonderheiten für Finanzunternehmen

Finanzunternehmen (Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen) weisen in ihrem Gliederungsschema keine Umsatzerlöse aus, sodass bezüglich der Berichtspflichten gemäß der EU-Tax-VO auch besondere KPIs notwendig sind. Zudem sind Finanzunternehmen regelmäßig als Intermediär zur Realwirtschaft tätig. Zur Klassifizierung ihrer (Finanz-)Aktivitäten als ökologisch nachhaltig ist die Verwendung der Mittel in der Realwirtschaft entscheidend. Diese Durchschau stellt Finanzunternehmen vor besondere Herausforderungen.

Beide Aspekte werden Schwerpunkt eines Folgebeitrags der nächsten Accounting News im Juli darstellen.

## Ausblick

Die EU-Kommission hat am 21. April 2021 einen Entwurf der Richtlinie zur Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsberichterstattung mit dem Titel „Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD)“ vorgelegt (wir berichteten in den [Accounting News Mai 2021](#)). Im Rahmen der CSRD wird unter anderem der Anwendungsbereich der Unternehmen, die eine Nachhaltigkeitsberichterstattung machen müssen, erweitert, der Ort der Offenlegung zwingend auf den Lagebericht begrenzt sowie eine externe Prüfung (zunächst mit begrenzter Prüfungssicherheit) verpflichtend eingeführt.

Durch die Erweiterung des Anwendungsbereichs der nichtfinanziellen Erklärung durch die CSRD wird sich auch der Anwendungsbereich der Unternehmen erweitern, die Angaben nach Art. 8 EU-Tax-VO machen müssen. So werden künftig unter anderem auch bestimmte große nicht kapitalmarktorientierte Unternehmen in den Anwendungsbereich des Art. 8 der EU-Tax-VO fallen.



**Jens C. Laue**  
Partner, Head of ESG  
(Environmental, Social  
and Governance  
Services)

„Für mich ist die EU-Taxonomie nichts weniger als das neue Portal zwischen Kapitalgebern und Kapitalnehmern. Zukünftig werden die Unternehmen sich Eigen- und Fremdkapital nur dann oder zu günstigen Konditionen sichern können, wenn ein ausreichender Teil ihrer Umsätze, Aufwendungen und Investments die Anforderung der Taxonomie für die sechs Umweltziele erfüllen. Für die Berichterstattung dieser daher sehr relevanten Finanzinformationen für den Kapitalmarkt müssen kurzfristig zusätzliche Berichtsprozesse, Kontroll- und Abschlusstrukturen geschaffen werden, damit die Qualität der zur veröffentlichenden Daten seitens der Unternehmen sichergestellt werden kann. Dies gilt im Besonderen für Unternehmen, deren Geschäftsmodell diversifiziert ist und auf den verschiedensten Ebenen differenziert analysiert werden muss. Die Prüfung mit begrenzter oder hinreichender Sicherheit durch einen Wirtschaftsprüfer kann einen weiteren Beitrag leisten. Aufgrund der somit notwendigen Vorbereitung der Berichterstattung gemäß der EU-Taxonomie ist es dringend angeraten, sich kurzfristig mit den Anforderungen und der Umsetzung im Unternehmen zu beschäftigen. Es ist darüber hinaus sehr wichtig zu beachten, dass insbesondere zum Beispiel mit der Kreislaufwirtschaft oder der Biodiversität die nächsten großen Umweltziele bereits kurzfristig ebenfalls berichtspflichtig werden, die beide aktuell nach meiner Einschätzung aufgrund der starken Fokussierung auf die Klimaveränderung und Dekarbonisierung noch viel zu wenig Beachtung finden. Die Anforderungen aus der Taxonomie im Verbund mit der kommenden Harmonisierung und Standardisierung der nichtfinanziellen Berichterstattung wird die Unternehmen vor eine echte Herausforderung stellen.“



## Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz verabschiedet

Anfang Juli 2021 wird das Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz (FISG) in Kraft treten, wobei für einige Vorschriften Übergangsbestimmungen gelten. In der Endphase des Gesetzgebungsprozesses wurden noch einige wichtige Neuerungen – insbesondere in Bezug auf die Abschlussprüfung und das Enforcement-Verfahren – in das Gesetz aufgenommen.

Als Reaktion auf die Vorfälle bei Wirecard legte die Bundesregierung im vergangenen Jahr das FISG vor, das im Mai 2021 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses verabschiedet wurde. Das Gesetz wurde nach Zustimmung durch den Bundesrat im Juni im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Primäres Ziel des FISG ist es, das gegenwärtige System der Bilanzkontrolle zu verbessern. Hierzu enthält es Neuerungen in den Bereichen Corporate Governance, Abschlussprüfung und Enforcement-Verfahren.

### Neuerungen im Bereich der Corporate Governance

**Aufsichtsräte von Unternehmen im öffentlichen Interesse<sup>2</sup>** müssen künftig einen **Prüfungsausschuss** einrichten. Für Aufsichtsräte mit nur drei Mitgliedern entfällt die Pflicht, hier gilt der Aufsichtsrat gleichzeitig als Prüfungsausschuss. Der Prüfungsausschuss muss zudem mit **mindestens zwei Finanzexperten** besetzt werden, von denen einer über Sachverstand auf dem Gebiet der Rechnungslegung und einer über Sachverstand auf dem Gebiet der Abschlussprüfung verfügen muss. Den Ausschussmitgliedern wird zudem ein **direktes Auskunftsrecht** gegenüber den Leitern der Zentralbereiche der Gesellschaft eingeräumt, die für die den Prüfungsausschuss betreffenden Aufgaben zuständig sind.

Darüber hinaus stellt das Gesetz klar, dass der Aufsichtsrat nicht nur die Unabhängigkeit des Abschlussprü-

fers, sondern insgesamt die **Qualität der Abschlussprüfung** überwachen muss. Um die **vertrauliche Kommunikation zwischen Aufsichtsrat und Abschlussprüfer** zu stärken, stellt das Gesetz außerdem klar, dass der Vorstand dann nicht an Sitzungen des Aufsichtsrats<sup>3</sup> teilnimmt, wenn sich der Aufsichtsrat mit dem Abschlussprüfer über dessen Prüfung austauschen will – es sei denn, der Aufsichtsrat hält die Teilnahme des Vorstands für erforderlich.

Zur Stärkung der Corporate Governance wird zudem in **börsennotierten Unternehmen** die Einrichtung **eines angemessenen und wirk-samen internen Kontrollsystems und Risikomanagementsystems** verpflichtend.

Schließlich muss in Zukunft auch in **Versicherungsunternehmen** die **Hauptversammlung** und nicht mehr der Aufsichtsrat den Beschluss zur **Bestellung des Abschlussprüfers** fassen.

### Neuerungen im Bereich der Abschlussprüfung

Die **Mandatshöchstlaufzeit** wird für die Prüfung aller Unternehmen von öffentlichem Interesse **auf zehn Jahre reduziert**; die Verlängerungsmöglichkeiten für kapitalmarktorientierte Gesellschaften entfallen. In letzter Minute aufgenommen wurde zudem eine Bestimmung zur Reduzierung der **internen Rotationsfrist des verantwortlichen Prüfungs-partners** in Unternehmen von

öffentlichem Interesse von sieben auf **fünf Jahre**. Ebenso kurzfristig hinzugekommen sind **Rotationsfristen für Abschlussprüfer in Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten sowie Versicherungsunternehmen**: Die Bestellung eines neuen Abschlussprüfers ist hier in der Regel dann geboten, wenn der BaFin für mindestens elf aufeinanderfolgende Geschäftsjahre derselbe Prüfer angezeigt wurde.

Darüber hinaus ist die **Erbringung von Steuerberatungs- und Beratungsleistungen** durch den Abschlussprüfer in Unternehmen von öffentlichem Interesse in Zukunft nicht mehr möglich. Ebenso hat die Abschlussprüferaufsichtsstelle (APAS) nicht mehr die Befugnis, dem Abschlussprüfer auf Antrag das Überschreiten des 70-Prozent-Honorar-caps für Beratungsleistungen im Verhältnis zu Abschlussprüferleistungen für ein Geschäftsjahr zu erlauben.

Für den Umgang mit Verstößen des Abschlussprüfers gegen das Verbot der Erbringung von Nichtprüfungsleistungen gemäß Art. 5 Abs. 1 EU-Abschlussprüferverordnung (EU-APVO) enthält die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses eine Klarstellung, die für mehr Rechtssicherheit sorgen dürfte: Demnach sind bei der Frage, ob ein Verstoß gegen Art. 5 Abs. 1 Untabs. 2 EU-APVO einen **Ersetzungsgrund im Sinne des § 318 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 HGB** darstellt, zwei Fälle zu unterscheiden:

<sup>2</sup> Das heißt kapitalmarktorientierte Gesellschaften, CRR-Institute und Versicherungen.

<sup>3</sup> Entsprechende Anwendung auf Ausschüsse des Aufsichtsrats.



- Bei einem Verstoß gegen Art. 5 Abs. 1 Untabs. 2 lit. b, c und e EU-APVO soll stets von einem Ersetzungsgrund auszugehen sein.
- In den übrigen Fällen des Art. 5 Abs. 1 Untabs. 2 EU-APVO soll eine Einzelfallbetrachtung vorgenommen werden, bei der die angewandten Schutzmaßnahmen zur Abschwächung der Gefährdung der Unabhängigkeit zu beurteilen sind.

Des Weiteren wurde die **Haftung des Abschlussprüfers gegenüber dem geprüften Unternehmen** unter anderem durch die Erhöhung der Haftungshöchstsumme verschärft. Ebenso wurden die **ordnungswidrigkeits- und straf- sowie berufsaufsichtsrechtlichen Vorschriften** zur Ahndung von Verstößen des Abschlussprüfers ausgebaut.

#### Neuerungen im Bereich des Enforcement-Verfahrens

Das bislang zweistufig aufgebaute Enforcement-Verfahren mit der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung DPR e. V. auf der ersten und der BaFin auf der zweiten Prüfungsstufe wurde in ein **einstufiges Ver-**

**fahren** überführt, das in der alleinigen Verantwortung der BaFin liegt.

#### Inkrafttreten

Das Gesetz tritt am 1. Juli 2021 in Kraft. Für einige Bestimmungen gelten Übergangsbestimmungen:

- Die **Anforderungen bezüglich der Qualifikation des Prüfungsausschusses** gelten für Neubesetzungen ab dem 1. Juli 2021.
- Die **Einrichtung eines Prüfungsausschusses** ist ab dem 1. Januar 2022 verpflichtend, die **Auskunftsrechte der Prüfungsausschussmitglieder** gelten ebenso ab dem 1. Januar 2022.
- Die **Einrichtung der unternehmerischen Kontrollsysteme** ist ab dem 1. Juli 2021 verpflichtend.
- Für die neuen **Fristen zur Abschlussprüferrotation in Unternehmen von öffentlichem Interesse** gelten folgende Übergangsbestimmungen: Das Prüfungsmandat kann noch für das nach dem 30. Juni 2021 beginnende Geschäftsjahr und das unmittelbar auf dieses folgende Geschäftsjahr verlängert werden, wenn bis zum 30. Juni 2021 die Möglichkeit zur Verlängerung gemäß § 318 Abs. 1a HGB vorliegt.

- Die Neuregelungen, wonach die BaFin von **Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstituten und Versicherungsunternehmen, die keine Unternehmen im öffentlichen Interesse sind, die Bestellung eines anderen Prüfers** verlangen kann, wenn ihr mindestens elf aufeinanderfolgende Geschäftsjahre derselbe Prüfer angezeigt wurde, treten am 1. Januar 2022 in Kraft.
- Die Neuerungen bezüglich des **Enforcement-Verfahrens** gelten ab dem 1. Januar 2022.
- Die verkürzte interne Rotationsfrist gilt erstmals für nach dem 31. Dezember 2021 beginnende Geschäftsjahre.

#### Weitere Informationen:

[Audit Committee Quarterly IV/2020](#)

[Übersicht über die Änderungen des Regierungsentwurfs im Vergleich zum Referentenentwurf](#)

[Vergleich der finalen Gesetzesfassung mit dem Regierungsentwurf](#)

Weitere Informationen auf Anfrage beim Audit Committee Institute e. V. (ACI) ([aci@kpmg.de](mailto:aci@kpmg.de)).

## Bekanntmachung des DRÄS 11 im Bundesanzeiger

Die Bekanntmachung des Deutschen Rechnungslegungs Änderungsstandards Nr. 11 (DRÄS 11) durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz gemäß § 342 Abs. 2 HGB wurde am 2. Juni 2021 im amtlichen Teil des Bundesanzeigers veröffentlicht. Damit wird mit der ordnungsgemäßen Anwendung des DRÄS 11 die Vermutung verbunden, dass die die

Konzernrechnungslegung betreffenden Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung beachtet wurden.

Der Deutsche Rechnungslegungs Änderungsstandard Nr. 11 umfasst inhaltliche Änderungen des DRS 18 *Latente Steuern* sowie redaktionelle Änderungen des DRS 23 *Kapitalkonsolidierung (Einbeziehung von Tochterunternehmen in den Konzern-*

*abschluss)* und des DRS 26 *Assoziierte Unternehmen*.

Zu den inhaltlichen Vorschriften siehe [EAN 52/2020](#) und [EAN 36/2019](#).

Der DRÄS 11 ist im [Bundesanzeiger](#) abrufbar.



## IASB veröffentlicht Entwurf zum Management Commentary (Lageberichterstattung)

Das International Accounting Standards Board (IASB) hat am 27. Mai 2021 den Entwurf *Management Commentary* (ED/2021/6) herausgegeben. Das vorgeschlagene Rahmenwerk stellt eine umfassende Überarbeitung des IFRS Practice Statement 1 *Management Commentary* aus dem Jahr 2010 dar. Es soll Unternehmen ermöglichen, die Informationen, die Investoren zur Beurteilung der langfristigen Aussichten eines Unternehmens benötigen, an einer Stelle zusammenzufassen – beispielsweise Informationen über die immateriellen Ressourcen und Beziehungen des Unternehmens sowie über Nachhaltigkeitsfragen.

Das vorgeschlagene Rahmenwerk legt Offenlegungsziele für Informationen über das Geschäftsmodell, die Strategie, die Ressourcen und Beziehungen, die Risiken, das externe Umfeld und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens fest. Die Offenlegungsziele sollen die Unternehmen in die Lage versetzen, Informationen bereitzustellen, die für die Anleger wesentlich sind. Gleichzeitig sollen sie es den Aufsichtsbehörden und Wirtschaftsprüfern ermöglichen, die Einhaltung des vorgeschlagenen Rahmens zu beurteilen.

Die IFRS verlangen nicht, dass Unternehmen einen Lagebericht abgeben – dies bleibt durch das

vorgeschlagene Rahmenkonzept unverändert. Aufsichtsbehörden verlangen aber gegebenenfalls die Erstellung eines Lageberichts nach diesen Vorschriften, oder Unternehmen können sich freiwillig entscheiden, dies zu tun.

In Deutschland gelten unverändert §§ 315–315d HGB in Verbindung mit DRS 20 *Konzernlagebericht* zur verpflichtenden Erstellung eines Konzern-Lageberichts.

Stellungnahmen werden bis zum 23. November 2021 erbeten.

Den Entwurf können Sie [hier](#) herunterladen.



Alle Seminare und Aktuelles zu den Veranstaltungen finden Sie [hier](#). Auch Anmeldungen sind dort online möglich – schnell und unkompliziert.

Außerdem informieren wir Sie regelmäßig über aktuelle KPMG-Publikationen auf dem Gebiet der handelsrechtlichen und internationalen Rechnungslegung.

#### Vor Kurzem in Fachzeitschriften erschienen:

Erfahrungen aus der erstmaligen Erstellung, Prüfung und Einreichung der ESEF-Unterlagen	BB 19/2021, Seite 1131	Dr. Dirk Rabenhorst
Wandel des Rechnungslegerbegriffs im Kontext der aktuellen Diskussion zur Nachhaltigkeitsberichterstattung	BB 20/2021, Seite 1195	Georg Lanfermann, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Hommelhoff, Dr. Astrid Gundel
Handelsrechtliche Bilanzierung von Ausschüttungen im umwandlungsrechtlichen Rückwirkungszeitraum einer Verschmelzung	BB 21/2021, Seite 1259	Sebastian Hargarten, Dominik Claßen
Der neue aktienrechtliche Vergütungsbericht – ein Update zur Prüfung durch den Abschlussprüfer nach IDW EPS 870	WP Praxis 6/2021, Seite 180	Sebastian Hargarten, Dominik Claßen

#### Links zu internationalen KPMG-Veröffentlichungen:

##### IFRS

##### What is the impact of COVID-19 on interim financial statements?

More than a year after the COVID-19 outbreak was declared a global pandemic by the WHO, the impact on companies is far from over. Preparing 2021 interim financial statements is still likely to involve more than the usual update since the last annual financial statements. Investors and other users may expect information above and beyond what is typically disclosed.

Read our updated web article on the impact of the pandemic on 2021 interim financial statements.

##### IFRS 16 Leases – Rent concessions

IFRS 16 has been amended to allow a one-year extension to the practical expedient available to lessees when accounting for COVID-19-related rent concessions.

Lessees that have already applied the original version of the practical expedient will be required to apply the extension retrospectively to eligible contracts with similar characteristics and in similar circumstances.

The amendments are effective for annual reporting periods beginning on or after 1 April 2021, with earlier application permitted.

Our updated *Leases – Rent concessions (2021 edition)* publication contains practical guidance and examples illustrating how a company identifies rent concessions that qualify for the practical expedient and how to account for them – along with step-by-step guidance on transitioning to the 2021 amendments.



---

## Links zu internationalen KPMG-Veröffentlichungen:

### Recognising deferred tax on leases

Targeted amendments to IAS 12 *Income Taxes* clarify, how companies should account for deferred tax on certain transactions – e.g. leases and decommissioning provisions.

The amendments narrow the scope of the initial recognition exemption, so that it does not apply to transactions that give rise to equal and offsetting temporary differences.

This means that companies that historically did not recognise deferred taxes on leases and decommissioning liabilities will need to do so. And companies that applied the net approach now need to assess the recognition and subsequent measurement of deferred tax assets and deferred tax liabilities separately.

Find out more in our web article.

---

### Banks and climate risk – Basel Committee reports

How are banks affected by climate change risks – and how are they currently measuring them?

These questions are the focus of two analytical reports from the Basel Committee on Banking Supervision:

- Climate-related risk drivers and their transmission channels; and
- Climate-related financial risks – measurement methodologies.

The first report explores how climate-related financial risks arise and affect both banks and the banking system. The second provides an overview of conceptual issues related to climate-related financial risk measurement and describes banks' and supervisors' current and emerging practices in this area.

Read our web article to find out more.

---

### Sustainability reporting journey

Following the strong support received on their 2020 consultation and endorsement from the FSB and IOSCO, the Trustees of the IFRS Foundation have now reached the next milestone in their sustainability reporting journey by issuing proposed changes to the Foundation constitution. These changes are necessary to form a new board to develop international sustainability reporting standards. This could signal a new era in corporate reporting where the same rigour is demanded for sustainability reporting as for financial information.

The IFRS Foundation invites comments on its proposals by 29 July 2021.

Read our web article to find out more.

---

### Climate disclosure at banks – Risks are clear, but what are the opportunities?

Now that climate change has led the world's major banks to overhaul their governance structures and risk frameworks, attention is focusing on the risks and opportunities of this new reality. To manage and capture these, many banks have started using climate scenario analysis focusing on specific portfolios and are considering what new metrics to use to measure and track progress towards targets.

In the second part of our analysis of how banks report the impacts of climate change, we have looked at the separate climate reports for 25 major global banks, assessing the banks' relative progress on disclosures.

Read our blog post and the accompanying slide deck, which summarise our key findings.



---

## Links zu internationalen KPMG-Veröffentlichungen:

### Lack of exchangeability

Under IAS 21 *The Effects of Changes in Foreign Exchange Rates*, a company uses a spot exchange rate when translating a foreign currency transaction.

In some jurisdictions, there is a lack of exchangeability and no spot rate is available because a currency cannot be exchanged into another currency. This can have a significant accounting impact for those companies affected.

The International Accounting Standards Board's proposals set out:

- when a currency is exchangeable into another currency; and
- how a company determines an estimated spot rate when a currency lacks exchangeability.

The proposals also introduce a two-step approach for companies to apply when determining whether a currency is exchangeable (Step 1) and when estimating a spot exchange rate (Step 2).

Preparers with operations in jurisdictions where currency is lacking exchangeability are encouraged to read the proposals and provide their comments to the Board by 1 September 2021.

---

### Potential new transition option for IFRS 17

Amendment discussed to alleviate potential accounting mismatches between IFRS 9 and IFRS 17

When transitioning to IFRS 17 *Insurance Contracts* and IFRS 9 *Financial Instruments*, significant accounting mismatches may arise between financial assets and insurance contract liabilities in the comparative information.

The International Accounting Standards Board has tentatively supported proposing a narrow-scope amendment to IFRS 17 to alleviate the potential mismatches.

---



Für weitere Informationen oder Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Sprechen Sie uns an.

## REGION NORD



**Andreas Modder**  
T +49 511 8509-5254  
amodder@kpmg.com

## REGION OST



**Tobias Nohlen**  
T +49 30 2068-2362  
tnohlen@kpmg.com

## REGION WEST



**Ralf Pfennig**  
T +49 221 2073-5189  
ralfpfennig@kpmg.com

## REGION MITTE

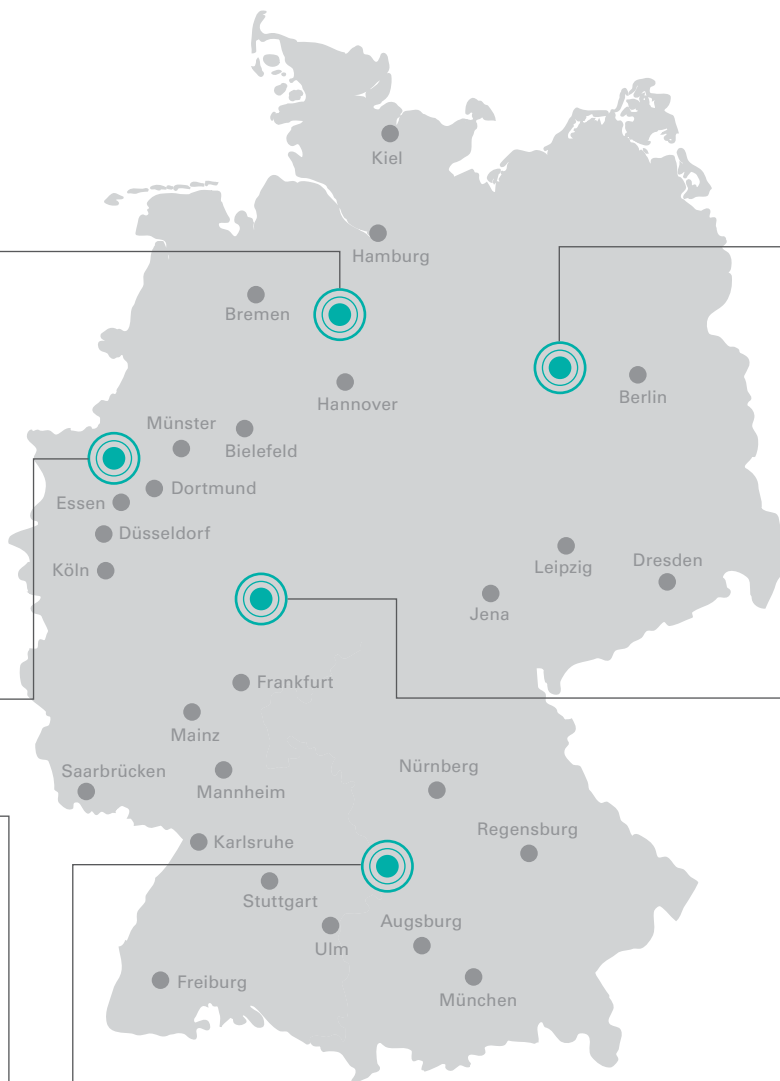


**Manuel Rothenburger**  
T +49 69 9587-4789  
mrothenburger@kpmg.com

## REGION SÜD/SÜDWEST



**Johann Schnabel**  
T +49 89 9282-4634  
jschnabel@kpmg.com



## DEPARTMENT OF PROFESSIONAL PRACTICE



**Christian Zeitler**  
T +49 30 2068-4711  
czeitler@kpmg.com



**Dr. Markus Fuchs**  
T +49 30 2068-2992  
markusfuchs@kpmg.com



**Volker Specht**  
T +49 30 2068-2366  
vspecht@kpmg.com



**Prof. Dr. Hanne Böckem**  
T +49 30 2068-4829  
hboeckem@kpmg.com



**Timo Pütz**  
T +49 30 2068-3450  
tpuetz@kpmg.com



**Ingo Rahe**  
T +49 30 2068-4892  
irahe@kpmg.com



## Impressum

### Herausgeber

KPMG AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Klingelhöferstraße 18  
10785 Berlin

### Redaktion

#### **Prof. Dr. Hanne Böckem (V. i. S. d. P.)**

Department of Professional Practice  
T +49 30 2068-4829

## Abonnement

Den Newsletter „Accounting News“ von KPMG können Sie unter [www.kpmg.de/accountingnews](http://www.kpmg.de/accountingnews) herunterladen oder abonnieren. Beide Bezugsmöglichkeiten sind für Sie kostenlos.

[www.kpmg.de](http://www.kpmg.de)

[www.kpmg.de/socialmedia](http://www.kpmg.de/socialmedia)



Die enthaltenen Informationen sind allgemeiner Natur und nicht auf die spezielle Situation einer Einzelperson oder einer juristischen Person ausgerichtet. Obwohl wir uns bemühen, zuverlässige und aktuelle Informationen zu liefern, können wir nicht garantieren, dass diese Informationen so zutreffend sind wie zum Zeitpunkt ihres Eingangs oder dass sie auch in Zukunft so zutreffend sein werden. Niemand sollte aufgrund dieser Informationen handeln ohne geeigneten fachlichen Rat und ohne gründliche Analyse der betreffenden Situation.

© 2021 KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten. Der Name KPMG und das Logo sind Marken, die die unabhängigen Mitgliedsfirmen der globalen KPMG-Organisation unter Lizenz verwenden.